



„Aber ich stehe auch an der Seite von Xi. Er ist ein Freund von mir. Er ist ein unglaublicher Kerl.“

US-Präsident Donald Trump über Chinas Staatschef Xi Jinping



„Sebastian, werde nicht allzu grün.“

Ex-EVP-Präsident Joseph Daul bevorzugt Blau, die Farbe der Europäischen Volkspartei (EVP); er wandte sich an ÖVP-Chef Sebastian Kurz, der Koalitionsgespräche mit den Grünen führt.

## Trump: Ohne mich hätte Peking in Hongkong hart durchgegriffen

WASHINGTON (dpa). Nach Ansicht von US-Präsident Donald Trump ist es ihm zu verdanken, dass die chinesische Regierung bisher nicht hart gegen die Demonstranten in Hongkong durchgegriffen hat. „Ohne mich wäre Hongkong innerhalb von 14 Minuten vernichtet worden“, sagte Trump am Freitag in einem Telefoninterview mit dem Fernsehsender Fox News. Ohne ihn hätte China Soldaten in die Sonderverwaltungsregion geschickt und wohl Tausende Menschen getötet, sagte Trump. Peking halte sich zurück wegen der laufenden Verhandlungen mit den USA über ein Handelsabkommen beider Länder. Der einzige Grund, warum der chinesische

Präsident Xi Jinping nicht in Hongkong einschreite, sei dessen Sorge über die Auswirkungen auf die Handelsgespräche. Ausweichend äußerte sich Trump zu der Frage, ob er die fast einstimmig vom Kongress beschlossenen Gesetze zur Unterstützung der Demokratiebewegung in Hongkong unterzeichnen wird oder nicht. „Wir müssen an der Seite Hongkongs stehen“, sagte Trump. Der US-Kongress hatte sich demonstrativ hinter die Demokratiebewegung in Hongkong gestellt und 2 Gesetzentwürfe gebilligt. Sie würden mit Trumps Unterzeichnung in Kraft treten. China hatte Trump aufgefordert, sein Veto gegen die Gesetze einzulegen. ◦



Die Spitzenkandidaten für die Landtagswahl in der Steiermark (v.l.): Sandra Krautwaschl (Grüne), Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ), Landeshauptmann-Stellvertreter Michael Schickhofer (SPÖ), Niko Swatek (NEOS), Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer (ÖVP) und Mario Kunasek (FPÖ). APA

# SPÖ vor nächster Pleite

STEIERMARK-WAHL: Ex-Kanzlerpartei wartet aufs Ergebnis an diesem Sonntag mit eingezogenen Köpfen

VON ANDREAS SCHWARZ

WIEN (scw). Endlich wieder Wahl. Nicht, dass in Österreich nicht genug gewählt worden wäre in den vergangenen Jahren: 3 Bundespräsidentenwahlen 2016 (inklusive annullierter Stichwahl wegen fehlerhafter Briefwahlkuverts), eine vorgezogene Parlamentswahl 2017, 4 Landtagswahlen 2018, EU-Wahl und neuerlich vorgezogene Parlamentswahlen heuer – und nach Vorarlberg im Oktober wählt am Wochenende die Steiermark, Österreichs zweitgrößtes Bundesland.

Aber Wahlmüdigkeit? Nein, der Sonntag verspricht Hochspannung. Und ein neuerliches politisches Beben, dessen Opfer einmal mehr die SPÖ zu werden droht.

Die pikante Ausgangslage: SPÖ, ÖVP und FPÖ lagen bei der letzten Wahl in dieser Reihenfolge dicht beieinander – der sozialdemokratische Landeshauptmann Franz Voves trat aber, weil er die 30-Prozent-Marke nicht erreicht hatte, zurück, und ÖVP-Mann Hermann Schützenhöfer (ÖVP) wurde als Wahlzweiter Landeshauptmann einer SPÖ-ÖVP-Koalition. So weit, so bizarr.

Das liegt auch am Fehlen eines zündenden Spitzenkandidaten in der Steiermark. Inhaltliches Angebot im Industrieland, dem der Konjunkturabschwung zusetzt und das sich auf neue Füße zu stellen versucht – Fehlzanzeige. Es liegt vor allem aber am desaströsen Zustand der ehemaligen Kanzlerpartei auf Bundesebene. Sie hat das Ibiza-Fiasko der FPÖ und den Sturz der Regierung Kurz I nicht für sich nutzen können, sondern bei der Nationalratswahl sogar ihr schlechtes Wahlergebnis aller Zeiten erzielt. Sie hat sich seither nicht nur in eine dauerschwebende Führungsdebatte rund um Parteichefin Pamela Rendi-Wagner verstrickt, sondern auch eine mediale Pleite nach der anderen produziert: Vom geschassten Geschäftsführer angefangen, der seine Siebensachen mit dem Porsche aus der Parteizentrale abholte, bis zum rebellischen Tiroler SPÖ-Chef, der jüngst sein Jagdgewehr bei offenem Seitentaggeber ebenfalls in einem, seinem Porsche liegen ließ. Wer den Schaden hat, braucht für

### Kurz-Triumph als Rückenwind

Jetzt verspricht der Rückenwind des Sebastian-Kurz-Triumphs bei der Parlamentswahl Ende September auch der steirischen ÖVP einen klaren Wahlsieg – trotz der Kalamitäten um dubiose Postenbesetzungen im Bereich der gescheiterten ÖVP-FPÖ-Koalition auf Bundesebene. Diese FPÖ wird nach dem kompromittierenden Ibiza-Video ihres Ex-Parteichefs und dem Rauswurf aus der Koalition im Mai ihr nächstes Wahldebakel erleiden. Und die SPÖ wird nicht nur den ersten Platz verlieren, sondern angesichts des Booms der Grünen weit darüber hinaus ordentlich Federn lassen.

den Spott nicht noch viel zu sorgen. Die Bundes-SPÖ wartet am Sonntag jedenfalls mit eingezogenen Köpfen auf das Wahlergebnis aus der Steiermark. Und Pamela Rendi-Wagner wird hoffen (wenn sie nicht ohnehin schon alle Lust am Führen der Partei verloren hat), dass es nicht allzu desaströs ausfällt. Denn im nächsten Jahr wählt auch Wien, und die ehemals unumstrittene rote Hochburg wankt ebenfalls – erstmals könnte es eine realistische Mehrheit aus ÖVP und Grünen gegen die Rathausmacht geben. Auch wenn im Burgenland mit SPÖ-Landeshauptmann Hans-Peter Doskozil ein (gesundheitlich angeschlagener) möglicher Nachfolger für Rendi-Wagner parat steht, und auch wenn der ehemalige Verteidigungsminister zur Zeit als wohl einziger in der Partei das nötige Anforderungsprofil für die Führungsfunktion erfüllt – die SPÖ wird sich auf eine lange Durststrecke einstellen müssen.

Alle Rechte vorbehalten

## MINDERHEITEN IN EUROPA

### Erstmals griechischer Bürgermeister bei türkischer Veranstaltung

ISKEÇE/XANTHI (sch). Der Akademikerverband der türkischen Minderheit in Westthrakien (Nordostgriechenland) feierte am 16. Oktober die Eröffnung seines neuen Sitzes in Xanthi. Neben dem türkischen Generalkonsul von Gümülcine/Komotini nahm auch der gerade erst neu gewählte Bürgermeister von Xanthi, **Manolis Tsepelis**, an der Veranstaltung teil und hielt eine Ansprache. „Dies war für uns keine gewöhnliche Situation“, heißt es in einer Presseaussendung der

Föderation der West-Thrakien-Türken in Europa (ABTTF): Zum ersten Mal nach langer Zeit habe ein griechischer Bürgermeister an einer Veranstaltung der türkischen Gemeinschaft teilgenommen. ABTTF bedankt sich bei Tsepelis dafür.

Das Zusammentreffen war durchaus pikant, denn anwesend waren auch Vertreter verschiedener Vereine, die wegen der Verwendung des Wortes „türkisch“ in ihrem Namen von den staatlichen Behörden verboten wurden. Laut der Presseaussendung wurde der Bürgermeister für die Teilnahme an der Veranstaltung von der Opposition im Gemeinderat scharf kritisiert. Die türkische Minderheit in Westthrakien ist immer wieder Zielscheibe von Angriffen nationalistischer und extremistischer griechischer Gruppen, aber auch von Politikern der großen griechischen Parteien, welche die Minderheit als Gefahr für den Staat bezeichnen. ◦



Manolis Tsepelis

## EUROPA-SPLITTER

# Gerichte und Rechtsstaatlichkeit

KONFLIKT: Ungarn und Polen verhindern Einigkeit unter den 28 Mitgliedstaaten der EU

Die finnische EU-Präsidentschaft ist mit viel Passion und Arbeitsfleiß zur Tat geschritten. Sie wollte den nun seit 5 Jahren existierenden „Rechtsstaatsdialog“, der im EU-Ministerrat für Allgemeine Angelegenheiten einmal im Jahr stattfindet, auf neue Beine stellen.

Es sollte ein Verfahren geschaffen werden, in dem die 28 Mitgliedstaaten sich ehrlicher und ernsthafter zu ihren Rechtsstaatsdefiziten austauschen. Dazu verschickten die Finnen Fragebögen an ihre Ministerkollegen. Die Verbesserungsvorschläge reichten von vorbereitenden Seminaren, interaktiven Diskussionen, dem Einbau von mehr Expertenwissen bis zur Erstellung von Empfehlungen und konkreter Nachverfolgung der Diskussionsergebnisse im Rat der EU. Ein Entwurf der Schlussfolgerungen zur Evaluierung des bisherigen Rechtsstaatsdialoges wurde erstellt.

Doch am Dienstag platzte der Plan: Ungarn und Polen widersetzten sich. Die Schlussfolge-



Der EU-Gerichtshof in Luxemburg.

rungen konnten nicht als Schlussfolgerungen des Europäischen Rates angenommen werden, sondern nur als Schlussfolgerungen der (finnischen) EU-Präsidentschaft.

Was steht hinter dem Eklat? Im Dezember 2017 hat die EU-Kommission, erstmals in der Geschichte der Europäischen Integration, ein Artikel-7-Verfahren eröffnet. Gegen Polen. Es geht insbesondere um die Unabhängigkeit der Gerichte. Im September 2018 beantragte das EU-

Parlament die Verhängung eines ebensolchen Verfahrens gegen Ungarn. Auch hier geht es, wenn auch nicht ausschließlich, um das ungarische Gerichtswesen. Die Artikel-7-Verfahren gehen schleppend voran. Sie sind politischer Natur. Die beiden Länder können sich gegenseitig vor Sanktionen schützen, da solche Sanktionsbeschlüsse einstimmig ergehen müssten.

Vor diesem Hintergrund haben sowohl das EU-Parlament als auch die EU-Kommission

weitreichende Vorschläge vorgelegt, wie die EU in der Zukunft eine Rechtsstaatskultur garantieren soll. Der Rat hingegen – die Machtkammer der Minister – hielt sich vornehm zurück. Der seit 2014 stattfindende Rechtsstaatsdialog wird von Beobachtern sarkastisch als serieller Monolog bezeichnet. Die Minister seien wie Krähen, die bekanntlich keiner anderen Krähe ein Auge auskratze.

Wer im Hintergrund allerdings mit deutlichen Worten und beachtlicher Schlagkraft die Rechtsstaatlichkeit verteidigt, ist der EU-Gerichtshof. Am Tag, an dem die Ratsschlussfolgerungen in Brüssel scheiterten, verkündete der EU-Gerichtshof in Luxemburg ein weiteres Urteil zum Gerichtswesen in Polen. Er unterstreicht, dass es wichtig sei, dass keine berechtigten Zweifel aufkommen können an der Unempfindlichkeit von Richtern „für äußere Faktoren und an ihrer Neutralität in Bezug auf die widerstreitenden Interessen“ der Parteien. ◦

## 4 FRAGEN AN ...

### ... Gabriel N. Toggenburg\*



nicht mehr trauen kann, dann kommt Sand ins EU-Getriebe.

#### „D“: Wie ist es um das Justizwesen in Italien bestellt?

Toggenburg: Es ist bekannt für langsame Verfahren. Laut EU-Justizbarometer gibt es in Italien besonders viele Rechtsanwältinnen: fast 400 pro 100.000 Einwohner. Zugleich scheinen aber die Anreize für die Nutzung von Methoden der alternativen Streitbeilegung unterentwickelt zu sein.

#### „D“: Und in Südtirol?

Toggenburg: Regionale Zahlen werden im EU-Justizbarometer nicht erhoben. Ich hatte aber diese Woche die Möglichkeit am Landesgericht Bozen an einer Verhandlung teilzunehmen. Die Richterinnen waren sachkompetent, objektiv, lösungs- und kompromissorientiert. So etwas hat schon einen sehr positiven Effekt auf die Art und Weise wie die Bürger den „Staat“ wahrnehmen und erfahren. ◦

#### „Dolomiten“: Geht es beim Thema Rechtsstaatlichkeit immer um Gerichte?

Gabriel von Toggenburg: Dieser Eindruck kommt wohl daher, dass die nun seit Jahren andauernde Diskussion um die Situation in Ungarn und Polen tatsächlich sehr mit der Rolle der Verfassungsgerichte und den dortigen Justizreformen zusammenhängt.

#### „D“: Sind die Richter für die Europäische Union von besonderer Wichtigkeit?

Toggenburg: Das EU-Recht basiert auf dem Prinzip der gegenseitigen Anerkennung. Ein Urteil, das in Polen oder Ungarn gefällt wird, ist vor den Gerichten in Italien unmittelbar umzusetzen. Gerichtsentscheidungen zirkulieren also frei wie die Waren im Binnenmarkt. Wenn man dem Rechtssystem des Nachbarstaates

\* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz